Stadt Eschweiler Protokolldatum: 03.04.2023

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwoch, den 15.03.2023, 16:00 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

<u>Vorsitzende/r</u> Frau Bürgermeisterin Nadine Leonhardt		Verwaltung
<u>Stv. Vorsitzende/r</u> Herr 1. stellv. Bürgermeister Stephan Löhmann		SPD
Ratsmitglieder SPD-Fraktion Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis Herr Ratsmitglied Rainer Greven Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Krauthausen		SPD SPD SPD
Herr Ratsmitglied Aaron Möller	für RM Stefan Kämmerling	SPD
Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis Herr Ratsmitglied Frank Wagner	Training	SPD SPD
Ratsmitglieder CDU-Fraktion Herr Ratsmitglied Noah Bach Herr Fraktionsvorsitzender Wilfried Berndt Herr Ratsmitglied Thomas Schlenter Herr Ratsmitglied Bernd Schmitz		CDU CDU CDU CDU
Ratsmitglieder BASIS-Fraktion Herr Ratsmitglied Michael Cremer		BASIS
<u>Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN</u> Herr Fraktionsvorsitzender Dietmar Widell		Bündnis 90/Die Grünen
Von der Verwaltung Herr Markus Böling Herr Leo Breuer Herr René Costantini Herr Michael Effenberg Herr Sascha Engels Herr Fabian Esser Herr Engelbert Gey Herr Erster und Technischer Beigeordneter Her Herr Lukas Hagel Frau Silvia Hannemann Frau Brigitte Höne Herr Axel Johnen Frau Stadtkämmerin Bettina Merx Herr Martin Quadflieg Herr Michael Raida Herr Thomas Rehahn Herr Stephan Schlaak Herr Florian Schoop Frau Petra Seeger Herr Achim Vogelheim	mann Gödde	Verwaltung

Gäste

Herr Ratsmitglied Albert Borchardt DIE LINKE

Schriftführer/in

Herr Patrick Roth Verwaltung Frau Paulina Scheuer Verwaltung

Abwesend:

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Herr Ratsmitglied Stefan Kämmerling SPD

Ratsmitglieder AfD-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Michael Winterich AfD

Ratsmitglieder FDP-Fraktion

Herr Fraktionsvorsitzender Stefan Schulze FDP

<u>Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt</u> eröffnete die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 16.00 Uhr und begrüßte die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

<u>Die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt</u> stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses gegeben sei. Außerdem verwies sie auf die bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 in Verbindung mit § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

- 1 Haushaltssatzung 2023
- 1.1 Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat
- 1.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2023; mündlicher Bericht
- 1.3 Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2023 einschl. Beschlussfassung über
 Ö94/23 Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.
- 2 Ergänzung zum Entwurf des Stellenplans 2023 089/23
- 3 Anfragen und Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil

- 4 Kenntnisgaben
- 4.1 Vergabe von Aufträgen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen VOB sowie Architekten- und Ingenieurleistungen mit Auftragssummen zwischen 2.500,00 € und 150.000,00 € in der Zeit vom 01.10.2022 bis 31.12.2022
- 4.2 Liquiditätssicherungskredite 031/23
- 5 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

1 Haushaltssatzung 2023

1.1 Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsberatungen im Jugendhilfeausschuss und im Integrationsrat

Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsplanberatungen im Jugendhilfeausschuss

Gemäß § 71 Absatz 3 SGB VIII in Verbindung mit § 8 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Eschweiler steht dem Jugendhilfeausschuss ein Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel zu und er übt das Recht zur Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe aus.

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Eschweiler hat daher in seiner Sitzung am 08. März 2023 den Entwurf des Jugendhilfeetats für das Haushaltsjahr 2023 für die Produkte

- Unterhaltsvorschussleistungen
- Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
- Kinder- und Jugendförderung
- Hilfe für junge Menschen und ihre Familien
- Öffentliches Grün Teilbereich Kinderspielplätze

einschließlich der mit Verwaltungsvorlage Nr. 011/23 vom 24.02.2023 hierzu verwaltungsseitig eingebrachten Veränderungslisten beraten.

Bis zum 02. März 2023 (Einreichungsfrist für Änderungsanträge der Stadtratsfraktionen) lagen für den Jugendhilfeausschuss keine haushaltsverändernden Anträge der Ratsfraktionen vor.

Dem Ausschuss wurden im Rahmen der Etatberatungen in der vorgenannten Sitzung nachfolgende Änderungsanträge der Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterbreitet, die Bestandteile des heutigen Paketes der Änderungsanträge der Stadtratsfraktionen im Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe - sowie im Produktbereich 13 - Natur- und Landschaftspflege – sind:

Erhöhung der Zuschüsse für Aufwendungen im Rahmen der Gruppenarbeit mit Pflegeeltern um 3.000,00 Euro

Frau RM Haustein stellte für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag, im Produkt 063630101, Sachkonto 53310900 den Haushaltsansatz von 12.000,00 Euro um 3.000,00 Euro auf 15.000,00 Euro zu erhöhen. Bei der sich nach kurzer Diskussion anschließenden Abstimmung wurde der Antrag mehrheitlich angenommen.

Aufwendungen für Spielgeräte auf städtischen Spielplätzen um 30.000,00 Euro (IVOAI002)

Frau RM Haustein stellte für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag, den Ansatz für Spielgeräte auf städtischen Spielplätzen um 30.000,00 Euro zu erhöhen. Hiermit möchte die SPD-Stadtratsfraktion einen aus ihrer Sicht bestehenden Investitionsstau im HH-Jahr 2024 vermeiden. Mittel, die in 2023 nicht mehr verwendet werden können, sollen ins nächste Jahr übertragen werden, um Maßnahmen in 2024 zeitnah umsetzen zu können. Im Rahmen der Diskussion wurde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, die beantragte Erhöhung in Form einer Verpflichtungsermächtigung zu berücksichtigen. Der Antrag auf Einrichtung einer Verpflichtungsermächtigung wurde mehrheitlich angenommen.

Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul Eschweiler zur Refinanzierung des Kinder- und Jugendzentrums St. Peter und Paul

Über den der Verwaltungsvorlage Nr. 011/23 beigefügten Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul wurde intensiv und kontrovers diskutiert. Herr RM Schyns schlug für die SPD-Stadtratsfraktion vor, in 2023 zunächst die Personalkosten über entsprechende Fördermöglichkeiten abzudecken. Parallel hierzu soll die Verwaltung jedoch Gespräche mit der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul und der Evangelischen Kirchengemeinde Weisweiler-Dürwiß in 2023 führen, um für beide eine gemeinsame und vor allem dauerhafte Lösung der finanziellen Unterstützung zu erarbeiten. RM Graff plädierte für die CDU-Stadtratsfraktion dafür, über den Antrag der Katholischen Kirchengemeinde abzustimmen, um das Angebot dauerhaft gewährleisten zu können.

- Zunächst wurde über den Antrag von Herrn RM Schyns abgestimmt. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses beschlossen einstimmig, dass die Finanzierung der Personalkosten der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul im Haushaltsjahr 2023 über Projektmittel erfolgen soll. Darüber hinaus wurde die Verwaltung einstimmig beauftragt, mit beiden Kirchengemeinden in 2023 Gespräche zu führen, um eine gemeinsame und dauerhafte finanzielle Unterstützung für beide Kirchengemeinden zu erarbeiten.
- Anschließend stimmten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses über den vorliegenden Antrag der Katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul ab. Hierbei ergaben sich 6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Insoweit hat der Antrag keine Mehrheit gefunden und gilt als abgelehnt.

Im Übrigen stimmte der Ausschuss dem Entwurf des Jugendhilfeetats 2023 ff. unter Einbezug der vorgenannten Einzelbeschlüsse in der Fassung der Fortschreibung über die Veränderungsliste einstimmig zu.

Mündlicher Bericht der Stadtkämmerin zu den Haushaltsplanberatungen im Integrationsrat

Der Integrationsrat hat sich auf Grundlage von § 11 Absatz 2 der Zuständigkeitsverordnung für den Rat und seiner Gremien in seiner Sitzung am 22. Februar 2023 mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2023 beratend beschäftigt.

Der Integrationsrat sieht in der vorgestellten Entwurfsplanung seine Anliegen und Interessen abgebildet und unterbreitet dem Haupt- und Finanzausschuss daher keine haushaltsrelevanten Änderungsanträge bzw. Anregungen.

1.2 Behandlung von Einwendungen gegen die Haushaltssatzung 2023; mündlicher Bericht

Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2023 ist ortsüblich und zwar im Amtsblatt der Stadt Eschweiler, 39. Jahrgang, in der Ausgabe Nummer 4 vom 02.02.2023, bekannt gemacht worden.

Ein entsprechender Hinweis sowie darüberhinausgehend umfangreiche Informationen über das Haushaltsplanverfahren 2023 wurden ebenfalls über die Homepage der Stadt Eschweiler öffentlich zur Verfügung gestellt.

Während der Dauer des Beratungsverfahrens lag der Entwurf der Haushaltssatzung 2023 zu den allgemeinen Sprechzeiten bei der Dienststelle "Finanzbuchhaltung" im Rathaus zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Einwendungen konnten seitdem von Einwohnern und Abgabepflichtigen in der Zeit vom 06.02.2023 bis einschließlich 24.02.2023 schriftlich eingereicht oder dort zur Niederschrift erklärt werden.

Weder Einwohner noch Abgabepflichtige haben von Ihrem Einwendungsrecht Gebrauch gemacht.

Losgelöst von diesem formellen Bekanntmachungs- und Einwendungsverfahren wurde der Entwurf der Haushaltssatzung 2023 am 01.02.2023 der IHK - Industrie- und Handelskammer Aachen im Rahmen des Dialogprozesses zwischen der IHK Aachen und der Stadt Eschweiler zu den finanz- und haushaltswirtschaftlichen Entwicklungen unserer Stadt zugeleitet.

Die IHK Aachen hat ihrerseits mit E-Mail vom 02.02.2023 mitgeteilt, dass aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage Personalkosten reduziert und damit einhergehend Aufgaben zurückgefahren werden mussten. Daher müssten sie sich mit Blick auf die Kommunalfinanzen derzeit auf die allgemeine Politikberatung konzentrieren und könnten keine Analysen einzelner Haushaltspläne durchführen. Sie hofft aber darauf, zukünftig auch wieder tiefer in die Analyse der einzelnen kommunalen Haushaltspläne einsteigen zu können.

1.3 Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2023 einschl. Beschlussfassung über Änderungsanträge der Ratsfraktionen pp.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt über die eingebrachten Änderungsvorschläge der Verwaltung und die der Fraktionen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2023 wie nachfolgend ab.

Teil A – C: Veränderungsnachweis der Verwaltung

Stadtkämmerin Bettina Merx führte zu Position A22 aus, dass die hier veranschlagten Aufwendungen in Höhe von 150.000 € für kommunale Wärmeplanung in das Haushaltsjahr 2024 verschoben werden. Im Jahr 2024 seien auch die entsprechenden Fördermittel berücksichtigt.

Im Anschluss stimmte der Haupt- und Finanzausschuss den Teilbereichen A – C des Veränderungsnachweises zum Haushalt 2023, welche die Veränderungsnachweise der Verwaltung enthält, einstimmig zu.

Teil D – E: Veränderungsnachweis des Jugendhilfeausschusses

RM Schlenter beantragte über den Antrag der katholischen Kirchengemeinde St. Peter und Paul zur Refinanzierung des Kinder- und Jugendzentrums (Pos. D05) gesondert abstimmen zu lassen.

Ebenfalls gab RM Schlenter nach entsprechender Wortmeldung des RM Widell den Auftrag an die Verwaltung zu prüfen, ob für diese Abstimmung eine Befangenheit vorliegen könnte, da dieser als Schatzmeister im Förderverein der katholischen Kirchengemeinde tätig sei.

Herr Schlaak, AL 10, führte daraufhin aus, dass eine Befangenheit hier nicht vorliege, da RM Schlenter nicht unmittelbar für die Kirchengemeinde tätig sei.

Im Anschluss wurde der Antrag der katholischen Kirchengemeinde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Über die übrigen Änderungen in den Teilbereichen D – E des Veränderungsnachweises zum Haushalt 2023, welche die Veränderungsnachweise des Jugendhilfeausschusses enthält, stimmte der Haupt- und Finanzausschuss im Anschluss einstimmig ab.

<u>Teil F – H: Veränderungsnachweis Fraktionen und Sonstige</u>

Die beiden nachfolgenden politischen Anträge wurden bereits im Jugendhilfeausschuss behandelt und entsprechend beschlossen:

Position F06:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Zuschüsse für Aufwendungen zur Gruppenarbeit und Pflegeeltern den Haushaltsansatz 2023 um 3.000 € auf 15.000 € zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, sowie Enthaltung der BASIS-Fraktion, beschlossen.

Positionen G09 / H01:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushaltsansatz für das Jahr 2024 für die Anpassung zur schnelleren Erneuerung und Instandhaltung von Spielgeräten um 30.000 € auf 227.000 € zu erhöhen wurde mehrheitlich, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, beschlossen.

094/23

Nachfolgend alle weiteren politischen Anträge:

Position F01:

Der Antrag des Einzelvertreters Borchardt/Die LINKE zur Erhöhung der Dozentenhonorare für neue Dozenten sowie für mehr Unterrichtsstunden in der Musikschule wurde nach Ausführungen von Frau Seeger, AL 40, zurückgezogen, um diesen nach entsprechender Bedarfsermittlung in den Haushaltsberatungen 2024 erneut einzubringen.

Position F02:

Der Antrag der CDU-Fraktion den Haushaltsansatz 2023 für die Aufwendungen von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit um 500 € auf 1.000 € zu erhöhen, um neue Musikschüler akquirieren zu können, wurde einstimmig beschlossen.

Position F03:

Der Antrag der CDU-Fraktion den Haushaltsansatz 2023 die Aufwendungen für Städtepartnerschaften um 1.500 € auf 2.500 € auf das Vorjahresniveau aufzustocken, wurde einstimmig beschlossen.

Position F04:

Der Antrag der CDU-Fraktion für die Kostenbeteiligung an der Verbraucherberatungsstelle NRW in Alsdorf wurde zurückgezogen, da die Finanzierung bereits sichergestellt ist.

Position F05:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Durchführung bestimmter Projekte aus dem im letzten Jahr bereits erhöhten Budget anzusetzen wurde einstimmig beschlossen.

Die CDU-Fraktion stimmte diesem Antrag jedoch nur unter dem Vorbehalt zu, dass vor Durchführung der angesprochenen Projekte, der zuständige Fachausschuss über eine entsprechende Verwaltungsvorlage beteiligt wird.

Position F07:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Förderansatz für Zuschüsse an Verbände und Vereine für den Haushalt 2023 um 12.000 € auf 61.500 € zu erhöhen wurde einstimmig beschlossen.

RM Krauthausen führte hierzu detaillierter aus, dass sich die Erhöhung nicht nur auf Sportvereine, sondern auch auf Kulturvereine beziehe.

Position F08:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 € zur Erstellung eines Nutzungskonzeptes für ein Vereineheim im Ortsteil Pumpe-Stich / Waldstadion bereitzustellen, wurde einstimmig beschlossen.

Position F09:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Durchführung eines städtebaulichen Entwicklungswettbewerbs der Flächen rund um das Fuchs-Gelände wurde seitens der CDU-Fraktion dahingehend modifiziert, dass lediglich ein Auftrag an die Verwaltung für die Erstellung einer Bedarfsanalyse sowie für den städtebaulichen Wettbewerb erteilt werden soll ohne hierzu zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion und BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Position F10:

Der Antrag der BASIS-Fraktion den Haushaltsansatz für die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen um 13.000 € auf 670.500 € für das Haushaltsjahr 2023 zu erhöhen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Position F11 - F12:

Der Antrag des Einzelvertreters Borchardt/Die LINKE eine Umschichtung von Mitteln im Bereich Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze auf Unterhaltung Radverkehrsanlagen zur stärkeren Förderung der Unterhaltung des Radverkehrs vorzunehmen, wurde einstimmig abgelehnt.

Position F13:

Der Antrag der BASIS-Fraktion für die Sanierung der Unterführung Oberdorf sowie die Wiederherstellung Bürgersteig Südseite Burgstraße wurde zurückgezogen, da im Haushaltsplanentwurf 2023 bereits ein Betrag von 120.000 € hierfür budgetiert wurde. Gleichzeitig führte RM Cremer hierzu aus, die Bürgersteigsanierung im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss zu thematisieren.

Position F14:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushaltsansatz für die Unterhaltung Grünflächen und Aufbauten im Haushaltsjahr 2023 um 5.000 € auf 205.000 € zu erhöhen, um Neubepflanzungen zur Stärkung der Aufenthaltsqualität durchführen zu können, wurde mehrheitlich, bei Nein-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der BASIS-Fraktion, beschlossen.

Position F15:

Der Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung des Stadtmarketings und Citymanagementvereins e. V. zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € bereitzustellen, wurde zurückgezogen, da diese Änderung bereits unter Position A32 im Veränderungsnachweis der Verwaltung enthalten war.

Position F16 - F21:

Der Antrag des Einzelvertreters Borchardt/Die LINKE die Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer ab 2024 anzupassen, wurde einstimmig abgelehnt.

Position G01:

Der Antrag der CDU-Fraktion Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € zur Ermittlung eines zusätzlichen Standortes für Feuerwehr und Verwaltung bereitzustellen, wurde mehrheitlich, bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie die BASIS-Fraktion, abgelehnt.

Position G02:

Der Antrag der CDU-Fraktion für die Dorfplatzsanierung Hehlrath inkl. Beschaffung diverser Ausstattung wurde dahingehend modifiziert, lediglich Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 € zur Verfügung zu stellen, da nach Einreichung des Antrages entsprechende Entwicklungen stattgefunden haben.

Der modifizierte Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Position G03:

Dem Antrag der CDU-Fraktion zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000 € zur Beschaffung von Spielgeräten zur Bewegungsförderung auf Schulhöfen, wurde einstimmig zugestimmt.

Position G04:

Der Antrag der CDU-Fraktion für die Beschaffung eines Fahrradkäfigs zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9.000 € bereitzustellen, wurde zurückgezogen, da hierfür bereits 20.000 € im Haushaltsplanentwurf 2023 vorgesehen sind.

Position G05:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Haushaltsansatz um 20.000 € auf 130.000 € zu erhöhen, um eine Abdeckplane für das Becken des Freibades zu beschaffen, wurde einstimmig beschlossen.

Position G06:

Der Antrag der BASIS-Fraktion Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 € zur Initiierung und ersten Planung von Parkraummöglichkeiten und Ruhebänken am Bovenberger Wald zur Verfügung zu stellen, wurde einstimmig beschlossen.

Position G07:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwecks Anpassung der Verkehrssituation am Marktplatz wurde zurückgezogen, da diese Änderung bereits unter Position B45 im Veränderungsnachweis der Verwaltung enthalten war.

Position G08:

Der gemeinsame Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Planung und Errichtung von sicheren Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zusätzliche Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 30.000 € bereitzustellen, wurde einstimmig beschlossen.

Weitere Anträge bzw. Fragen zum Entwurf der Haushaltssatzung 2023 lagen nicht vor.

Somit beschloss der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig, dass der Entwurf der Haushaltssatzung 2023 unter Berücksichtigung der Veränderungsliste Verwaltung und entsprechend dem Ergebnis der Haushaltsplanberatungen im Haupt- und Finanzausschuss zu überarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

2 Ergänzung zum Entwurf des Stellenplans 2023

089/23

Nachfolgender Beschluss wurde durch den Haupt- und Finanzausschuss einstimmig gefasst:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den Entwurf des Stellenplans 2023 um folgende Stellen zu ergänzen:

Stellenbezeichnung	Einzurichtende	Eingruppierung	Produkt
	Stellenanteile		
Schulsekretariat	0,64	EG 6 TVöD	03 215 01 01 (Realschule)
Schulpsychologie	1,00	EG 12 TVöD	06 362 01 01 (Kinder- und
	(kw-vermerk)		Jugendarbeit)
Koordination Kinderschutz	2,75	EG S 14 TVöD SuE	06 363 01 01 (Hilfen für junge
			Menschen und ihre Familien)
Projektkoordination	1,00	EG 12 TVöD	09 511 01 01
Nachhaltigkeitsmanagement	(kw-Vermerk)		(Räumliche Planung und
	,		Entwicklung)
Projektsachbearbeitung für	1,00	EG 11 TVöD	11 538 02 01 (Entwässerung
das Projekt "Aqua-Revier"	(kw-Vermerk)		und Abwasserbeseitigung)

Der überarbeitete Entwurf des Stellenplans 2023 ist dem Stadtrat mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.

3 Anfragen und Mitteilungen

Es lagen keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vor. Daher beendete die Ausschussvorsitzende Bürgermeisterin Leonhardt die Sitzung um 20.10 Uhr.